

## Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2013

### Zusammenfassung der Antworten

#### 1. Wie sieht Ihr Einsatz für die Pressefreiheit in Ländern aus, in denen Journalisten und Medien unter Druck stehen? Was tun Sie konkret?

**CDU und CSU** verweisen auf die Unterstützung der deutschen Entwicklungspolitik für Medieninstitutionen sowie für Aus- und Fortbildung von Journalisten. Sie begrüßen, dass die Arbeit der Deutsche Welle Akademie künftig gestärkt werden solle.

Die **SPD** betont mit Blick auf EU-Mitglieder wie Ungarn und Italien, die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu Freiheit und Unabhängigkeit der Medien dürfe nicht in Frage gestellt werden. Deshalb habe sie die Bundesregierung wiederholt aufgefordert, im Rahmen der EU auf die Einhaltung von Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit zu dringen.

Die **FDP** führt an, auf ihre Initiative seien die Haushaltsmittel kontinuierlich erhöht worden, aus denen sich Unterstützungsprogramme für Journalisten und Pressefreiheit im Ausland speisten.

Die **Linkspartei** erklärt, mangels internationaler Handlungsmöglichkeiten des Parlaments versuche sie vorrangig, etwa in Pressemitteilungen, Reden und Kleinen Anfragen Aufmerksamkeit zur Situation der Presse in ausgewählten Ländern zu schaffen und Hintergründe zu beleuchten.

**Bündnis 90/Die Grünen** fordern von den EU-Akteuren, die eigenen Standards einzuhalten und gemäß der Grundrechtecharta Medienfreiheit und -pluralismus sowie Informations- und Pressefreiheit zu garantieren. Die EU-Kommission solle die Medienkonzentration und ihre Effekte weiter untersuchen.

Die **Piratenpartei** verweist auf den Einsatz ihrer Schwesterparteien, die sich in Ländern wie Russland, Weißrussland und der Ukraine aktiv für Meinungs- und Pressefreiheit einsetzen.

Die **Alternative für Deutschland (AfD)** warnt, Oligopolbildung im Medienmarkt und Verquickungen zwischen Politik und Medien bedrohten die Meinungsfreiheit und Medienvielfalt auch hierzulande.

#### 2. Sollten die Botschaften „sicherer“ Länder für Journalisten offen sein, wenn sie in ihrer Heimat bedroht sind und ins Exil fliehen müssen? Setzen Sie sich dafür ein, dass Deutschland in solchen Fällen unbürokratisch Nothilfe-Visa für Journalisten erteilt? Wenn ja: Auf welche Weise? Wenn nein: Warum nicht?

Nach Ansicht von **CDU/CSU** wird der Zugang zu den Botschaften sicherer Länder in der Regel vom Sicherheitspersonal der Gastländer geregelt. Politisches Asyl könne erst in den entsprechenden, sicheren Staaten vor Ort beantragt und verwirklicht werden. Hierauf weist auch die **FDP** hin.

Die **SPD** bejaht die Forderung nach offenen Botschaften. In einem entsprechenden Antrag habe sie in der abgelaufenen Legislaturperiode die konsequente Umsetzung der EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern, die Einrichtung von Kontaktstellen in den Auslandsvertretungen sowie die Aufnahme gefährdeter Menschenrechtsverteidiger/innen in Deutschland gefordert.

Die **Linkspartei** nennt eine Kontingentregelung für iranische Menschenrechtsverteidiger als Beleg, dass ein sicherer Aufenthaltsstatus etwa für verfolgte Journalisten und Blogger auch ohne individuelles Asylprüfverfahren gewährt werden könne. Unter bestimmten Umständen plädiert sie für eine unbürokratische Visavergabe an Personen, die vorläufig Schutz in „sicheren“ Staaten suchen.

**Die Grünen** fordern, bedrohten und exilierten Journalisten Schutz und Aufnahme aus dringenden humanitären Gründen zu gewähren. Die Aufnahme in einer Botschaft sei bei unmittelbarer Gefahr angemessen, aber auf Dauer nicht tragfähig, da in Europa kein rechtlich anerkanntes Instrument.

Die **Piratenpartei** hat keine genaue Beschlusslage zu Nothilfe-Visa, erklärt aber, sie stehe dem Anliegen wohlwollend gegenüber.

Die **AfD** bejaht die Forderung und erklärt, Nothilfe Visa und Asylgewährung seien legitime Mittel, um bedrohten Journalisten zu helfen.

**3. Unterstützen Sie, dass Zensur- und Überwachungstechnologien in Deutschland, innerhalb der Europäischen Union oder im Rahmen zwischenstaatlicher Vereinbarungen zukünftig unter die Exportkontrolle fallen? Wenn ja: Begründen Sie Ihr Engagement und erläutern Sie, wie eine Regelung aussehen sollte. Wenn nein: Warum wollen Sie diese Technik nicht in einem Exportkontrollregime berücksichtigen? Beabsichtigen Sie, direkt auf deutsche Unternehmen einzuwirken, die Überwachungstechnologien in Länder mit autoritären Regimen liefern? Wenn ja: Wie? Wenn nein: Warum nicht?**

**CDU und CSU** führen an, die exportkontrollpolitische Richtlinie für Überwachungstechnologie sei kritisch und strikt einzelfallbezogen. An Dual-Use-Güter stelle die einschlägige EU-Verordnung vergleichbare Kriterien. Die schon geltenden Parameter wie Nutzungsmöglichkeiten und angegebene Endverwendung würden bei sensitiven Empfängerstaaten besonders sorgfältig geprüft.

Die **SPD** kritisiert, die vorhandenen Regelungen liefen in der Praxis ins Leere. Mit Beschränkungen auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene müssten Lieferungen von Überwachungs- und Spähsoftware in Länder mit fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen verhindert werden. Die Regierung solle das Parlament regelmäßig über das Thema unterrichten.

Die **FDP** verweist wie die Unionsparteien auf bestehende Regelungen auf EU- und nationaler Ebene. Die Bundesregierung betreibe bereits eine restriktive Exportkontrollpolitik.

**Die Linke** nennt die bestehenden Exportrichtlinien ungenügend. Letztlich müsse das Wassenaar-Abkommen für Exportkontrolle so überarbeitet werden, dass es auch Überwachungstechnologie umfasse. Überwachungsinfrastruktur müsse in die Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung aufgenommen, Hermes-Exportbürgschaften für Überwachungstechnologie seien inakzeptabel.

**Die Grünen** verweisen auf ihre parlamentarischen An- und Nachfragen sowie auf eigene Vorschläge, um die Exportkontrollen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu effektivieren. Techniken zur Umgehung von Überwachungs- und Zensurtechnologie solle man stärker unterstützen.

Die **Piratenpartei** will Überwachungssoftware mit Rüstungsgütern gleichgesetzt wissen. Nötig seien deutlich strengere Kriterien für Exportgenehmigungen und mehr Transparenz bei deren Vergabe.

Die **AfD** plädiert vorrangig für gesetzliche, zuverlässig kontrollierte Anwendungsverbote von Zensur- und Überwachungstechnologien im realen und digitalen öffentlichen Raum.

**4. Die EU-Kommission hat im Jahr 2012 die Bundesregierung verklagt, weil sie die Vorratsdatenspeicherung nicht in nationales Recht umgesetzt hat. Unterstützen Sie die Einführung der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland? Wenn ja: Warum? Wenn nein: Warum nicht?**

**CDU und CSU** betrachten Mindestspeicherfristen für Verbindungsdaten als notwendig zur Verfolgung schwerer Straftaten und zur Abwehr erheblicher Gefahren für die öffentliche Sicherheit. Sie wollen daher eine entsprechende Richtlinie der Europäischen Union in nationales Recht umsetzen.

Die **SPD** will die Verwendung der gespeicherten Daten auf die Verfolgung schwerster Straftaten begrenzen und durch rechtstaatliche Absicherungen einschränken. Die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung gelte es grundlegend zu überarbeiten, um den Staaten eine Verkürzung der Speicherfrist auf maximal drei Monate zu erlauben und die Fristen fallweise zu differenzieren.

Die **FDP** lehnt die anlasslose Vorratsdatenspeicherung ab. Wo es unbedingt geboten erscheine, sollten bei konkreten Verdachtsmomenten vorhandene Daten gesichert und nur nach richterlicher Entscheidung für Ermittlungen genutzt werden können. Die EU-Vorratsdatenspeicherungsrichtlinie müsse an der Europäischen Grundrechtecharta gemessen und grundlegend überarbeitet werden.

**Die Linke** lehnt die Vorratsdatenspeicherung ebenso ab wie einen „Quick Freeze“-Ansatz. Sie hegt „erhebliche Zweifel“, ob die EU-Richtlinie mit der Europäischen Grundrechtecharta zu vereinbaren sei. Jeder anlasslosen Speicherung personenbezogener Daten trete die Partei entschieden entgegen.

**Die Grünen** lehnen die Vorratsdatenspeicherung ab und fordern eine grundlegende Überarbeitung der EU-Richtlinie. Sie fordern eine EU-Datenschutzreform und wollen auf nationaler Ebene das Post- und Fernmeldegeheimnis zu einem Mediennutzungs- und Telekommunikationsgeheimnis ausbauen.

Die **Piratenpartei** will die EU-Vorratsdatenspeicherungsrichtlinie ersatzlos abschaffen und das Brief- zum allgemeinen Kommunikationsgeheimnis ausbauen. Sie lehnt auch die verdachtsunabhängige Sammlung und Speicherung von Reise- und anderen Daten wie biometrischen Merkmalen ab.

Die **AfD** kritisiert die EU-Richtlinie als unzulässige Einmischung in nationale Angelegenheiten und ist gegen eine generelle Vorratsdatenspeicherung, weil diese die Unschuldsvermutung ausheble.

**5. Setzen Sie sich dafür ein, den Informantenschutz in Deutschland zu stärken? Wenn ja: Auf welche Weise?**

**CDU/CSU** und **FDP** betonen, schon das 2012 verabschiedete Gesetz zur Stärkung der Pressefreiheit habe Informations- und Quellenschutz gefestigt. Journalisten machten sich bei der Veröffentlichung vertraulichen Materials nicht mehr wegen Beihilfe zur Verletzung des Dienstgeheimnisses strafbar, und die Möglichkeiten zur Beschlagnahme seien eingeschränkt worden. Die **FDP** will prüfen, ob das Durchsuchungs- und Beschlagnahmeverbot auf ausgelagerte Daten erweitert werden muss

Die **SPD** sieht weiteren Verbesserungsbedarf. Sie verweist auf ihren alternativen, 2012 vom Bundestag abgelehnten Gesetzentwurf, der eine Stärkung des Zeugnisverweigerungsrechts und des Informantenschutzes vorgesehen habe.

**Die Linke** setzt sich für einen gesetzlichen Informantenschutz für Whistleblower ein. Dazu solle insbesondere ein Schutzgebot von Medien, aber auch Bloggern und anderen Publizierenden gelten. Verfolgte Whistleblower sollten Asyl erhalten.

**Die Grünen** fordern Straffreiheit für die Anstiftung zum Geheimnisverrat. Beschlagnahmen und Durchsuchungen bei Journalisten wollen sie auch in Eilfällen nur nach Richterbeschluss erlauben, Zufallsfunde ausschließen und Journalisten mit anderen Berufsheimnisträgern gleichstellen.

**Die Piratenpartei** setzt sich für einen umfassenden gesetzlichen Schutz von Whistleblowern im privaten und öffentlichen Sektor und will eine Pflicht schaffen, Hinweisgebersysteme einzurichten.

Die **AfD** konstatiert, der Informantenschutz genieße in Deutschland auch ohne eigenes Gesetz „quasi Verfassungsrang“. Aktuell verfolge die Partei keine Initiativen, die Gesetzeslage zu ändern.

**6. Wie beurteilen Sie, dass auch Journalisten Anspruch darauf haben, nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) bestimmte Auskünfte von Behörden zu erhalten? Setzen Sie sich dafür ein, dass Ablehnungsgründe abgeschafft sowie die Auskunftsfristen verkürzt werden? Wenn ja: Auf welche Weise? Wie bewerten Sie die Forderung nach Gebührenfreiheit von Behördenauskünften?**

**CDU und CSU** verweisen auf eine bereits erfolgte Evaluation des IFG. Die einzelnen Vorschläge daraus würden nun geprüft. Der Schutz personenbezogener erfordere eine sensible Handhabung behördlicher Auskunftsansprüche. Deshalb müssten gesetzliche Vorgaben erarbeitet werden, welche Daten unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang genutzt werden dürften.

Die **SPD** fordert, das IFG nach Hamburger Vorbild um ein Transparenzgesetz zu erweitern, das die Verwaltung zur pro-aktiven Veröffentlichung wesentlicher Informationen verpflichten solle. Ausnahmetatbestände sollten deutlich auf das nötige Maß reduziert, das überwiegende öffentliche Interesse am Informationszugang betont und Gebühren „informationsfreundlich“ geregelt werden.

Die **FDP** will das IFG auf Grundlage der vorliegenden Evaluierung überarbeiten. Gebühren müssten verhältnismäßig sein und dürfen kein wesentliches Hindernis für einen Antrag darstellen.

**Die Linke** fordert eine Novellierung des IFG. Diese müsse Ablehnungsgründe abschaffen, kurze Auskunftsfristen einführen und Gebührenfreiheit gewähren.

Die **Grünen** fordern die Weiterentwicklung des Gesetzes zu einem „IFG 2.0“ mit einer Pflicht der Behörden zur aktiven Veröffentlichung von Daten. Die Ausnahmetatbestände müssten verengt und präzisiert werden. Niemand dürfe durch überhöhte Gebühren von IFG-Anträgen abgehalten werden.

Die **Piratenpartei** setzt sich für eine behördliche Veröffentlichungspflicht mit eng begrenzten Ausnahmen ein. Damit entfielen negative Effekte von Auskunftsfristen und -gebühren vollständig.

Laut **AfD** muss das IFG vor allem umgesetzt werden. Ausnahmen müssten überprüft werden, Verzögerungstaktiken unterbunden. Gebühren seien mit dem Gesetzesanspruch schwer vereinbar.